

Haushaltsplan 2017 - Stellungnahme/ Anträge der Fraktion „Unabhängige Bürger Waldstetten-Wißgoldingen“ durch Veronika Grohmann

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
sehr geehrte Gäste!

Der Haushaltsplan 2017 wurde von Ihnen, Herr Bürgermeister Rembold, in gewohnt dynamischer und sympathischer Manier diesmal als Lokführer eines rasanten Dampfzuges eingebracht. Nach dem letztjährigen „Kapitän eines Dampf- und Segelschiffes“ erhoffen wir uns nun von Ihnen noch einen rasanten Bus- und Radfahrer im nächsten Jahr. Dann sind wir uns auch wegen des Radverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs einig.

Ja, die Entwicklung unserer Gemeinde läuft bereits seit einiger Zeit auf vollen Touren, mit Volldampf sozusagen. Die Steuerzahler allgemein sowie unsere Gewerbetreibenden liefern den notwendigen Brennstoff, die Kohle im wahrsten Sinne des Wortes. Wir hier sind dann als Heizer und Stellwerker gefragt, diese Kohle richtig zu verwenden.

Ich denke wir sind uns hier in vielen, wenn auch nicht in allen Dingen einig.

Nur in Einzelfällen wird zuweilen unsere sachliche Kritik als persönliche Diffamierung dargestellt. Warum? Vielleicht, um vom Inhalt abzulenken?

Wir jedenfalls sind, wie bisher, ausdrücklich an einem guten Miteinander interessiert, was ja auch in der kommunalen Familie verschiedene Meinungen nicht immer ausschließen muss.

Dank der sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung eilen wir von Einnahmerekord zu Einnahmerekord. Ich nehme an unserem Kämmerer wird zuweilen etwas schwindlig, wenn er an zurückliegende Zeiten denkt in denen es doch deutlich knapper herging. Und nicht nur er wird sich fragen, was ist, wenn..... Dennoch, wir haben jetzt und zumindest in der näheren Zukunft noch deutlich „Kohle im Keller“ und sind angehalten, diese nachhaltig und zukunftssträchtig zu investieren.

Hierzu gehört in erster Linie die **Sanierung und Erweiterung unserer Gemeinschaftsschule**, um unseren Schulstandort zu sichern und auszubauen.

Die Entscheidung hierfür war unbedingt notwendig, auch wenn ein Kollege in diesem Zusammenhang angesichts der Kosten immer wieder von Bauchschmerzen berichtete. Wir haben so beschlossen, und ich bin sicher, dass unsere Verwaltung dieses Projekt im Verbund mit Architekt und allen weiteren Beteiligten erfolgreich durchziehen wird. Ich erwarte allerdings eine sorgfältige und rigorose Kostenüberwachung, um mögliche Probleme sofort erkennen und angehen zu können. Bauen ist in der heutigen Zeit (übrigens nicht wie immer lamentiert wird wegen irgendwelcher ökologischen Vorschriften, sondern in erster Linie

wegen der starken Baukonjunktur) teuer und muss deshalb gut und sauber geplant vollzogen werden.

Wir begrüßen diese Investition in die Bildung und in die Zukunft unserer Kinder und wünschen uns, dass hier auch die katholische Realschule künftig mehr im Verbund mitarbeitet, anstatt sich abzuschotten. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass diese private Schule zwar von der Gemeinde erheblich mitfinanziert wird, aber eine deutliche Auslese betreibt.

Dann steht die **Sanierung des Kindergartens St. Barbara** an. Hier sind bisher knapp 1,6 Mio. € veranschlagt. Auch hier stehen wir grundsätzlich voll und ganz hinter dem Projekt. Ich darf daran erinnern, dass die Gemeinde auch in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Summen in die Kinderbetreuung investiert hat. Leider mussten wir damals im Grunde genommen der katholischen Kirche als Träger jede Verbesserung der Kinderbetreuung (Kleinkinder-, Ganztagsbetreuung) mit viel Geld abkaufen. Der früheren Leitung fehlte noch die Einsicht in die sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir hoffen, dass hier künftige Änderungen eher akzeptiert und mitgestaltet werden. Die Position der Gemeinde darf sich nicht mehr nur auf das Finanzieren beschränken, sondern muss sich auf Mitsprache und Mitentscheiden erweitern. Auch bei dieser Baumaßnahme fordern wir eine rigorose Kostenüberwachung.

Die Entwicklung der Ortsmitte mit **Neubau Rathaus, Generationenpark** und teilweiser verkehrlicher Neuordnung wurde eingeleitet bzw. ist teilweise im Gange. Die Grünanlage Generationenpark steht vor ihrer Vollendung. Ich darf hier erwähnen, dass diese Wünsche vor knapp 40 Jahren ein Teilaspekt bei der Neugestaltung des ehemaligen „Lammgeländes“ waren und mit zur Gründung der „Unabhängigen Bürger“ geführt haben – wir sind also nicht nur das Bohren dicker Bretter, sondern ganzer Stämme gewohnt.

Zur weiteren Rathausplanung regen wir an – aus Finanzierungs- und Hochwasserschutzgründen- auf eine enge Tiefgarage zu verzichten und stattdessen auf dem schon lange brachliegenden ehemaligen „Postgelände“ am Kreisverkehr ein gut gestaltetes Parkdeck zu errichten, das sich dort einfügt. Es gibt hier ein Beispiel aus einer kleinen fränkischen Gemeinde, die eine Baulücke effektiv und mit mehrfachem Nutzen gestaltet hat. Hier könnte die knappe Parksituation in der Ortsmitte entscheidend und auch losgelöst vom Rathausneubau verbessert werden.

Diese Parkplätze wären dann nicht nur für das Rathaus – dort wären lediglich Behindertenparkplätze und ein Parkplatz für den Bürgermeister oder das Dienstfahrzeug – sondern vor allem für die Geschäfte am Malzeviller Platz sowie in der Gmünder- und Hauptstraße. Grundvoraussetzung ist dazu auch die fußgängergerechte Gestaltung der Ortsmitte, aber dazu ist ja die Verkehrskonzeption mit vorgesehen.

Die **Freizeit- und Sportanlagen** sind mit erheblichen Aufwendungen in einem guten Zustand. Insbesondere das Hallenbad, dem wir „Unabhängige Bürger“ bereits vor längerer Zeit eine geplante Kur sprich Sanierung zukommen lassen wollten ist nun zwar eher ungeplant, aber dafür dank der Finanzkraft unserer Gemeinde wieder in einem guten Zustand. Wir müssen hier vor allem das Schulschwimmen berücksichtigen – denn immer mehr Kinder können nicht mehr schwimmen und müssen dies erst in der Schule lernen.

Aufgrund der guten Finanzlage wird die **öffentliche Infrastruktur**, hier jetzt in erster Linie die **Straßen mit Entwässerung und Wasserversorgung** gut instandgehalten. Dies ist bei diesen gebührenfinanzierten Einrichtungen eher einfach, da sie vom Nutzer bezahlt werden. Diese Aufgaben müssen aber trotzdem durchgeführt und dürfen nicht aus falscher Rücksichtnahme (niedrige Gebühren) unterlassen werden. Dieser Weg muss weiter konsequent beschritten werden.

Die **Breitbandversorgung** ist heutzutage ein wichtiger Aspekt sowohl für Gewerbe als auch für den Privatbereich. Hier sind wir nach großen Anstrengungen auf einem guten Weg. Erschwerend ist hier, dass dieser Bereich zwar als Grundversorgung notwendig, jedoch dem freien Markt ausgeliefert ist und sich viele Netzbetreiber nur die Rosinen herauspicken wollen.

Leider ist die angestrebte **Verkehrskonzeption** bisher nicht sehr weit vorangekommen bzw. berücksichtigt bei den Diskussionen eher die Wünsche der Autofahrer auf freie Fahrt. Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV-Nutzer werden da bisher eher als störend statt als gleichberechtigte Partner empfunden. Wir fordern hier eine konsequente Weiterführung der Konzeption unter Einbeziehung aller Verkehrspartner. Im Übrigen messen wir dem Auto (s. Parkdeck „ehem. Post“) durchaus seinen Stellenwert zu und wollen es nicht aus der Ortsmitte verbannen.

In diesem Zusammenhang muss auch die Anbindung unserer Gemeinde über Radwege und den Bus an den überregionalen **ÖPNV** geprüft und verbessert werden. Der bereits einmal vorhandene Arbeitskreis ÖPNV wurde zwar eingestellt, hat seine Berechtigung jedoch nicht verloren.

In den kommenden Jahren wird die Zahl der **Seniorinnen und Senioren** weiter zunehmen. Auf deren Bedürfnisse muss eingegangen und vor allem vorgesorgt werden. Aus der vor kurzem abgeschlossenen Umfrage bezüglich der Wünsche und Erwartungen von Senioren über ihre Versorgung war zu entnehmen, dass viele soweit als möglich auch im Pflegefall in ihren „vier Wänden“ sprich im Eigenheim wohnen wollen. Das ist zwar gut nachvollziehbar, wird sich aber so nicht immer gewährleisten lassen. Der Osten ist bezüglich der Pflegekräfte nicht unerschöpflich! Die Kosten für diese Versorgung werden künftig stark ansteigen. Außerdem drohen uns dann je nach Entwicklung der Gemeinde alternde Baugebiete, die

zwar flächenmäßig groß, aber nur noch von wenigen Menschen bewohnt werden und verwahrlosen. Das hört sich jetzt vielleicht (noch) überzogen an, kann aber schon in Einzelfällen beobachtet werden.

Wir wollen deshalb den Einstieg in ein selbstbestimmtes gemeinsames Wohnen von Seniorinnen und Senioren erleichtern. Die Gemeinde muss hier federführend beispielsweise die Einrichtung von Senioren-WG's und anderen Wohnformen prüfen, anregen und auch Grundstücke zur Verfügung stellen. Bisher geistert immer noch in vielen Fällen „das Heim“ als Stätte von Bevormundung und Zwang durch die Köpfe und führt damit zur selbstgewählten Isolation im eigenen Heim.

Die weitere **bauliche Entwicklung** muss sehr behutsam erfolgen. Wir können beobachten, dass die weitere Ausweisung von Baugebieten seit vielen Jahren nicht mehr zu einer Steigerung der Einwohnerzahl führt. Im Gegenteil, die Kosten für die Unterhaltung der Infrastruktur werden immer weiter zunehmen. Die innerörtliche Verdichtung, das heißt Erschließung von innerörtlichen Platzreserven muss weiter fortgeführt werden. Allerdings wurde hier bisher in der Regel eher hochpreisiger Wohnungsbau betrieben. Hier muss künftig mehr Wert auf **bezahlbares Wohnen** gelegt werden. Lt. Aussagen von Architektenvertretern ist bei guter Planung auch qualitätsvolles Bauen zu geringeren Kosten möglich. Das würde sowohl Familien den Eigentumserwerb erleichtern als auch Senioren den Eigentumswechsel ermöglichen. In diesem Zusammenhang spreche ich auch den Bau von Mehrfamilienhäusern über Baugruppen an. Hier entfällt der kostensteigernde Gewinneffekt. Auch hier ist die Gemeinde bezüglich der Bereitstellung oder Vermittlung von Grundstücken gefragt.

Die gesamte bauliche Entwicklung unserer Gemeinde einschließlich der betrieblichen Entwicklung der Landwirtschaft ist in der Vergangenheit oftmals zum Schaden der natürlichen Artenvielfalt erfolgt. Die Umwandlung von freien Flächen in Bauplätze und Straßen, von gemischt genutzten großen Flächen in Maisfelder, die Entfernung von als hinderlich empfundenen Obstbäumen und Hecken hat zwar keine kurzfristig sichtbaren Schäden im engeren Sinne gezeigt. Dennoch ist aufgrund vieler und mehrjähriger Studien festgestellt und gesichert, dass damit große Eingriffe in die **Natur** und die Verminderung der **Artenvielfalt** verursacht werden – mit noch nicht abschätzbaren langfristigen Schäden (Zeit online/Wissen: von den 72.000 Pflanzen-, Tier- und Pilzarten in Deutschland sind ein Drittel gefährdet). Nicht ohne Grund hat sich beispielsweise hier im Raum Gmünd eine große Interessengemeinschaft Obstbau gegründet, die diesem Verfall entgegenwirkt und dabei vom Land unterstützt wird.

Leider wurde in Sachen der bereits einmal von der Verwaltung veranschlagten **Biotopevernetzungskonzeption** nichts weiter unternommen. Früher wurden diese Wünsche mit Hinweis auf die schlechte Finanzsituation abgewiesen. Nun haben wir eine

ausgezeichnete Finanzsituation. Oder beklagen wir Versäumnisse erst, wenn die letzte Biene geflogen ist und Pflanzen gegen Entgelt von Firmen bestäubt werden müssen?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Rembold,
an dieser Stelle möchten wir uns bei Ihnen für Ihr außerordentliches Engagement zugunsten unserer Gemeinde bedanken und Ihnen wiederum „ein ganz dickes Lob“ aussprechen. Wir begrüßen es außerordentlich, dass Sie uns als Mensch und Bürgermeister weiter erhalten bleiben wollen – wir werden dafür von vielen beneidet.

Ferner gilt unser Dank Herrn Seiler und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Aufstellung des umfassenden Planwerks.

Unsere Anträge sollen in erster Linie die beabsichtigten Maßnahmen unterstützen und verstärken:

- (1) Einstieg in eine umfassende Seniorenbedarfsplanung als Ergänzung und Fortführung des Projekts „Waldstetten 2020“, hier insbesondere in Bezug auf die weitere selbstbestimmte Versorgung und Betreuung der zunehmenden Anzahl von Senioren.
- (2) Information über die Planung und Umsetzung eines Baugruppenhauses im Gemeinderat durch einen in dieser Thematik erfahrenen Planer.
- (3) Die Weiterführung und die Intensivierung der Verkehrskonzeption.
- (4) Wir beantragen die Kostenschätzung für ein Parkdeck auf dem ehemaligen „Postgelände“ unabhängig von der Rathausplanung.
- (5) Experten gehen davon aus, dass pro Tag zwischen 50 und 100 Pflanzen- und Tierarten aussterben, deshalb fordern wir eine Biotopvernetzung, um einen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft und unseres Artenreichtums zu leisten. Dazu muss ein Ingenieurbüro mit der zielgerichteten Planung beauftragt werden.

Nachdem der Fraktionsvorsitzende der CDU in seiner Stellungnahme zum Haushalt 2017 den Flächenverbrauch auf das Äußerste kritisiert hat, sehr wortreich den Verlust der Kulturlandschaft bedauert und den Flächenverlust für die Landwirtschaft beklagt hat, stelle ich einen weiteren Antrag:

- (6) Keine weitere Ausweisung von neuen Baugebieten in unserer Gemeinde.